

Lars Trägårdh

Zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Akademien in den USA und Europa

Seit der Zeit, als Platon jene philosophischen Dialoge im heiligen Olivenhain schuf, die Athene, der Göttin der Weisheit, gewidmet waren, haben sich aus Idee und Praxis der ›Akademie‹ viele verschiedene Arten von Institutionen entwickelt. Manche davon unterscheiden sich in Charakter und Zielsetzung ziemlich radikal von dem, was Platon im Sinn hatte. Tatsächlich haben sich einige der berühmten Nachfolgerinnen, etwa die Académie Française, weniger in den Dienst der universellen Wahrheit und Schönheit gestellt, als sich vielmehr einer weitaus überschaubareren und beschränkteren Aufgabe angenommen – in diesem Fall des Lobpreises der französischen Nationalkultur und vor allem des Schutzes der ›Reinheit‹ der französischen Sprache. Und andere haben sich zu regelrechten Vehikeln entwickelt, die ›ideologisch korrektes‹ Wissen für politische Parteien und andere Interessengruppen produzieren.

Im Folgenden geht es um die modernen Akademien und ähnliche Einrichtungen, die andere Namen führen können. Als gemeinsamen Anspruch postulieren viele von ihnen, in der Nachfolge Platons der Göttin Athene dienen zu wollen, in Wahrheit aber dienen sie einer Vielzahl von Göttern. In manchen Fällen, nicht zuletzt in Europa, stehen sie in Verbindung mit der Politik eines Staates und den staatlichen Universitäten, und anderswo, besonders in den USA, sind sie ein vom Staat weitgehend autonomer Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Akademie und Nationalismus im modernen Europa

Die moderne Neuerfindung der antiken Universität ist verknüpft mit dem Aufkommen des Nationalismus in Europa. Nach dem Vorbild der Académie Française, die bereits 1635 gegründet wurde, entstand bis zum Ende des 18. Jahrhunderts europaweit eine Anzahl von Akademien, die gewährleisten sollten, dass die jeweilige Landessprache richtig kodifiziert und standardisiert wurde. Parallel zu diesen Entwicklungen begannen Historiker

sich darum zu bemühen, den Ruhm und die Ehre der Nation im Geiste Herders in den Blick zu rücken, indem sie sich weniger auf den König als vielmehr auf das Volk und seine Kultur konzentrierten.

Im Zeitalter des Nationalismus trugen die landeseigenen Universitäten selbstbewusst Sorge dafür, dass die Macht des Wissens fest an den Nationalstaat gebunden wurde. So wie das Aufkommen der öffentlichen Schulpflicht dazu diente, die Massen zu ›verstaatlichen‹, so ›verstaatlichten‹ die nationalen akademischen Institutionen die Eliten. Vorbei waren die Tage, in denen die europäischen Gelehrten miteinander in Latein kommunizierten sowie eine gemeinsame kosmopolitische Kultur und einen transnationalen Sinn für Identität teilten, der sie mehr mit Athene und Platon verband als mit ihren jeweiligen Landsleuten.

Dieses Muster setzte sich in ganz Europa durch, auch wenn Staaten wie Deutschland oder Italien, die sich erst spät zusammenschlossen und eine föderale Struktur beibehielten, Akademien hervorbrachten, die mehr an Teilstaaten und Städte gebunden waren, als es in älteren und zentralistischer geprägten Staaten wie England, Frankreich oder Schweden der Fall war. Die schwedische Akademie ist auch diejenige unter den alten Akademien, die heute weltweit am prominentesten in Erscheinung tritt, und die – dank der Macht, den jährlichen Nobelpreis zu verleihen – den Anspruch erhebt, für universelle Werte, für ewige Wahrheit und Schönheit einzutreten, obschon sie auf der Basis nationalistischer Prinzipien im engeren Sinne gegründet wurde. 1786 ins Leben gerufen, war es ihr vorrangiges Ziel, die »Reinheit, Stärke und Erhabenheit der schwedischen Sprache« zu fördern.

Dieses historische Erbe begleitet uns immer noch. Obwohl aktuell die Entstehung kleinerer Think Tanks Aufwind hat, die oft in Verbindung mit politischen Parteien oder Interessengruppen stehen, nehmen sich diese Einrichtungen im Vergleich zu den staatlichen Riesen



wie Zwerge aus. Universitäten und Akademien sind noch immer staatlich kontrolliert oder stark abhängig von öffentlichen Geldern. In Deutschland sind die acht führenden Akademien in der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften zusammengeschlossen. Eine davon ist beispielsweise die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, deren Spuren sich bis zur Kurfürstlich Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften zurückverfolgen lassen, die 1700 von Gottfried Wilhelm Leibniz unter dem Protektorat des Kurfürsten Friedrich III. gegründet wurde. Charakteristisch ist, dass sie durch die Regierungen Berlins und Brandenburgs finanziert wird.

Die autonome Akademie: Demokratie in Amerika

Wenn die Gründungsidee Europas im Nationalismus liegt, so gründet sich die amerikanische Verfassung auf einem ganz anderen Prinzip: dem der Trennung von Kirche und Staat. Aus diesem entscheidenden Grundsatz folgt auch die Trennung von Staat und Akademie. Denn tatsächlich kamen nicht nur die Kirchen und Universitäten, um ihren Platz als eine von vielen Gemeinschaften in der pluralistischen Zivilgesellschaft der USA zu finden, sondern auch die »Nationen« – diejenigen Gemeinschaften, die auf ethnischer Identität beruhen, angefangen bei den nicht-englischen Immigranten aus Deutschland, Skandinavien, Irland und anderen europäischen Ländern bis hin zu den nachfolgenden Ankömmlingen aus der ganzen Welt, wie es Alexis de Tocqueville in den 1830er Jahren so lebendig beschrieben hat. Diese radikale Trennung von Staat und Kirche, von Staat und Nation und von Staat und Akademie steht in völligem Gegensatz zu der Lage in Europa, wo der gleichmachende Nationalstaat dem Prinzip des *einen* Staates, *einer* Nation, *einer* Religion und *eines* staatlichen Bildungssystems Vorrang gewährte.

Demgemäß sind amerikanische Universitäten wie Harvard, Yale oder Princeton allesamt von Religionsgemeinschaften gegründet worden und fanden später Unterstützung von privaten Geldgebern aus der bürgerlichen Gesellschaft. Das bedeutet nicht, dass es keine Versuche seitens der Staatsregierungen gegeben hätte, die aufkommenden Universitäten und Akademien zu »verstaatlichen« – tatsächlich gibt es verschiedene Beispiele für derartige Versuche, inspiriert von Thomas Jeffersons demokratischem Argwohn gegenüber jenen Institutionen, die von Eliten dominiert waren. Jedoch

widerstanden die bedrohten Einrichtungen erfolgreich diesen Versuchen der Vereinnahmung. Durch eine Reihe von Schlüsselentscheidungen des Supreme Court wurden wichtige gesetzliche und konstitutionelle Präzedenzfälle geschaffen, welche die Freiheit dieser akademischen Institutionen von staatlicher Einmischung garantierten, wie beispielsweise in dem berühmten Fall von 1819, als der Gerichtshof gegen den Staat Connecticut entschied, der versuchte, das Dartmouth College zu »verstaatlichen«.

Ebenso wichtig war die finanzielle Autonomie, welche die Akademien und Stiftungen erreichen konnten. Nachdem die Unabhängigkeit der noch jungen Universitäten und Schulen erfolgreich vor den Gerichten verteidigt wurde, konnten diese von den Steuervorteilen profitieren, die den Kirchen bereits zugesichert worden waren. Durch ein komplexes Netz von Gesetzen, Regeln und Praktiken wurden sie von einer Vielzahl von Steuern befreit, zunächst vorwiegend von der Vermögenssteuer. Erst viel später, als im frühen 20. Jahrhundert sowohl die Bundesregierung als auch die einzelnen Staaten Einkommenssteuern, Umsatzsteuern und viele andere Abgaben erhoben, wurde dieses Prinzip ausgeweitet – zum Beispiel wurden Bildungseinrichtungen ausgenommen, als die bundesweite Einkommenssteuer im Jahr 1913 eingeführt wurde.

Ein weiterer wichtiger Faktor war das Recht auf steuerliche Vergünstigungen für diejenigen, die Spenden an »wohlätige« Organisationen abführten, Bildungseinrichtungen eingeschlossen. Es war privaten Spendern ebenso wie Körperschaften und Stiftungen erlaubt, von ihrem zu versteuernden Einkommen den vollen Betrag ihrer Spenden abzuziehen, was im Falle von Privatpersonen bis zu 50 Prozent und im Falle von Körperschaften bis zu 10 Prozent des Gesamteinkommens ausmachen durfte, wodurch die Kosten einer solchen Spende radikal vermindert wurden. Diese Gesetze stehen symbolisch für die Anerkennung der Wichtigkeit von Spenden, und sie stehen dafür, dass die finanzielle Unabhängigkeit von Universitäten und anderen gemeinnützigen Organisationen vom Staat als eine entscheidende politische und konstitutionelle Angelegenheit betrachtet wurde. Unter diesen Voraussetzungen vermochten Universitäten, Akademien, Forschungsinstitute und wissenschaftliche Stiftungen eigenes Vermögen zu bilden, das eine tragfähige Basis für den Aufbau von staatsunabhängigen Programmen und einer eigenen Forschungspolitik schuf.



Dies bedeutet nicht, dass der Staat keine Rolle in den USA spielte oder dass dieses Muster gleichermaßen für das ganze Land Geltung hatte. Der *indirekte* Einfluss des Staates durch die erwähnten steuerlichen Maßnahmen war und ist immens – ebenso wie der *direkte* Einfluss, der etwa in Form ausgedehnter, von der Bundesregierung finanzierter Forschungsprojekte zum Tragen kam. Außerdem wurden de facto nationale Akademien nach europäischen Richtlinien geschaffen, zum Beispiel die 1769 gegründete American Philosophical Society. Auch entstanden staatliche Finanzierungsfonds, die von zentraler Bedeutung für die universitäre Forschung in den USA waren, wie beispielsweise die NSF (National Science Foundation) und die SSRC (Social Science Research Foundation). Hier schließt sich an, dass in weiten Teilen des Landes – besonders an der Westküste und in den nördlichen Staaten des Mittleren Westens – die durch Steuern finanzierte staatliche Universität eher die Regel als die Ausnahme geworden ist. Wenn Harvard, Yale und Princeton die *private* Ostküsten-Universität verkörpern, dann ist die Universität von Kalifornien in Berkeley ein Beispiel für die Tradition der großen *öffentlichen* Universitäten in den Vereinigten Staaten.

Akademie und Demokratie

Wichtig bleibt also festzustellen, dass sowohl in Europa als auch in den USA eine Mischung von staatlichen und privaten Akademien, Forschungstiftungen, Instituten, Think Tanks und Universitäten anzutreffen ist. Gleichwohl herrscht in den Vereinigten Staaten das Prinzip, dass diese Einrichtungen autonom und in der Zivilgesellschaft verankert sind und keinesfalls Instrumente des Staates oder abhängig von staatlicher Finanzierung. Das gilt heute – mit dem Aufkommen einer Überfülle unabhängiger Think Tanks und philanthropischer Stiftungen – mehr denn je. Es handelt sich hierbei um eine Entwicklung, welche die amerikanische Form der Demokratie betont, bei der Gewaltenteilung und religiöse Freiheit eine große Rolle spielen. Gleichzeitig basiert sie auf einer gewissermaßen negativen Sicht des Staates und des öffentlichen Sektors, was Belange der Bildung betrifft (ebenso verhält es sich mit dem Gesundheitssektor, wie der Verlauf der aktuellen Debatte zur Frage der Finanzierung des Gesundheitswesens in den Vereinigten Staaten deutlich zeigt).

Offensichtlich gilt es jedoch, in der Frage der Demokratie mindestens zwei Perspektiven, die wir den liberalen

und den demokratischen Standpunkt nennen könnten, zu unterscheiden. Wenn die Amerikaner die Vorherrschaft von Pluralismus, Gewaltenteilung sowie Wettbewerb hervorheben und den Staat gern in sicherem Abstand wissen, dann legen die Europäer großen Wert auf demokratische Kontrolle, Transparenz und öffentliche Finanzierung. Von amerikanischer Warte aus gesehen erscheinen der Mangel an Pluralismus und die große Machtkonzentration in den Händen der jeweiligen europäischen Staaten befremdlich. Vom europäischen Standpunkt aus erscheint es allerdings gleichermaßen befremdlich, dass der amerikanischen Zivilgesellschaft – insbesondere auch den Universitäten, Akademien, Forschungsinstituten, Think Tanks und Stiftungen – häufig interne demokratische Strukturen fehlen. Für Außenstehende bleiben diese Strukturen weitgehend undurchsichtig, obwohl hier enorme Mengen an Geld verwaltet werden und folglich der Einfluss auf die US-amerikanische Forschungsplanung in öffentlichen und privaten Institutionen beträchtlich ist.

Die Frage, die sich für Europa stellt, lautet daher: Kann man den amerikanischen Pluralismus mit seiner Tradition von unabhängigen Akademien mit der europäischen Tradition von demokratischer Kontrolle der wissenschaftlichen Produktion kombinieren?

Aus dem Englischen von Melanie Kern